



# HESSISCHER LANDTAG

14. 05. 2024

Plenum

## **Dringlicher Entschließungsantrag**

**Fraktion der CDU,  
Fraktion der SPD,  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
Fraktion der Freien Demokraten**

**Kein Platz für Antisemitismus und Rassismus an hessischen Schulen – Fokus auf Wertevermittlung, Demokratieverziehung und politische Bildung legen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag verurteilt jede Form von Antisemitismus und Rassismus. Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit haben an hessischen Schulen keinen Platz. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und dem in der Zeit des Nationalsozialismus verübten Völkermord an sechs Millionen Jüdinnen und Juden in Europa bekennt sich der Landtag zum gemeinsamen Kampf gegen Antisemitismus und Extremismus. Der Landtag bekennt sich zum Existenzrecht des Staates Israel. Antisemitismus ist ein Angriff auf Jüdinnen und Juden und jüdisches Leben in unserem Land. Zugleich gefährdet Antisemitismus die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt. Der Kampf gegen Antisemitismus ist ein Kampf, den die Gesellschaft als Ganzes führen muss und dem sich der Landtag auf politischer Ebene verpflichtet.
2. Der Landtag verurteilt erneut entschieden die von der Hamas verübten Terrorakte in Israel und bekundet seine volle Solidarität mit dem Staat Israel. Er betont die zentrale Bedeutung der Sicherheit Israels für Deutschland und Hessen, die Staatsräson ist. Der terroristische Anschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 zeigt die Bedeutung des Rechts des Staates Israel auf Selbstverteidigung. Der Krieg in Israel und im Gazastreifen, wie auch das damit verbundene Leid der Zivilbevölkerung in Gaza, darf nie als Legitimationsgrund für antisemitische und israelfeindliche Handlungen dienen.
3. Der Landtag konstatiert, dass gewaltsame Konflikte und Kriege nicht nur im Fokus von Politik und Öffentlichkeit stehen, sondern durch die Omnipräsenz in sozialen Medien selbstverständlich auch Thema in Klassenzimmern und auf Schulhöfen sind. Daher ist es besonders wichtig, dass an allen hessischen Schulen die sicherheitspolitische Lage Israels und der Nahost-Konflikt im Unterricht behandelt werden, um über antisemitische Klischees und Ressentiments aufzuklären und sie abzubauen. Der Hessische Landtag duldet keine Relativierung von Terror und keine Geschichtsverfälschung.
4. Für den Hessischen Landtag sind Schulen Orte der Toleranz, Vielfalt, Gewaltfreiheit und demokratischen Wertevermittlung, an denen Solidarität sowie Respekt vermittelt und gelebt werden und an denen menschenabwertende und demokratiefeindliche Haltungen keinen Platz haben. In Zeiten, in denen Antisemitismus, Extremismus, Gewalt, Hass und Hetze zunehmen, kommt der Demokratiebildung sowie der Antisemitismus- und Extremismusprävention eine besondere Bedeutung an unseren Schulen zu. Angesichts der historischen Verantwortung Deutschlands ist insbesondere die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und die Erinnerung an die Shoa unerlässlicher Bestandteil des Bildungs- und Erziehungsauftrags an unseren Schulen. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung gemeinsam mit ihren Partnern eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten zur Antisemitismusprävention fördert.

5. Der Hessische Landtag bekräftigt, dass Demokratiebildung eines der wichtigsten Ziele von Schule und die Grundlage für Freiheit, Selbstbestimmung und soziale Sicherheit ist. Demokratie muss auf der Grundlage des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrags erlernt, gelebt, gefördert, geschützt und verteidigt werden. Freiheits- und demokratiegefährdende Ideologien müssen politisch und gesellschaftlich bekämpft werden. Deshalb ist die Demokratiebildung ein zentraler Bestandteil an Schulen. Der Landtag begrüßt zudem das Weiterentwickeln demokratiepädagogischer Angebote sowie von Präventionsprogrammen zur Bekämpfung von politischem und religiösem Extremismus.
6. Der Landtag begrüßt darüber hinaus das von den regierungstragenden Koalitionen vereinbarte Vorhaben, in der Grundschule das Bewusstsein für die regionale Umgebung, Kultur und Sprache zu fördern und damit die Identifikation mit der Heimat zu stärken. Hierfür soll eine Schärfung des Kerncurriculums und der Bildungsstandards im Fach Sachunterricht mit Schwerpunkten wie Respekt, Werte, Freundlichkeit, Rücksicht und Heimatkunde in Bezug auf die jeweilige Kommune, das Land und den Bund vorgenommen werden.
7. Der Landtag begrüßt die schulische Einbeziehung von Akteuren der außerschulischen politischen Bildung und die Zusammenarbeit mit Gedenkstätten und Trägern. Hierzu gehören vielfältige Akteure wie z. B. das Demokratiezentrum Marburg, das Jüdische Museum Frankfurt, die Bildungsstätte Anne Frank oder das Fritz-Bauer Institut. Der Landtag unterstützt die Landesregierung dabei, Kooperationen mit außerschulischen Trägern weiter auszubauen. Der Landtag ermutigt zudem alle Lehrkräfte in Hessen, sich aktiv an dieser Gedenkarbeit und Demokratieerziehung zu beteiligen und entsprechende Bildungsangebote in den Unterricht zu integrieren.
8. Der Hessische Landtag begrüßt, dass die Landesregierung die Gedenkstätten sowie Lern- und Erinnerungsorte bei der Umsetzung moderner Ausstellungen und pädagogischer Konzepte, Vermittlungstechniken und digitaler Erinnerungsarbeit weiterhin aktiv unterstützt. Schulausflüge zu Gedenkstätten und Museen, die sich mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus beschäftigen, bieten Gelegenheit, sich aktiv mit der Geschichte sowie den Ursachen und Folgen von Antisemitismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auseinanderzusetzen und ein Geschichtsbewusstsein zu schaffen. Möglichst alle hessischen Schülerinnen und Schüler sollen mindestens einmal in ihrer Schulzeit eine Gedenkstätte besuchen.
9. Der Landtag begrüßt die Zusammenarbeit des Hessischen Ministeriums für Kultus, Bildung und Chancen mit der Gedenkstätte Yad Vashem und die gemeinsame Kooperationsvereinbarung, auf deren Grundlage Schulen Unterstützung durch Materialsammlungen erhalten, die jahrgangsübergreifend im Unterricht einsetzbar sind, wie auch die Möglichkeit für hessische Lehrkräfte zu jährlichen Fortbildungsreisen zur Gedenkstätte.
10. Der Hessische Landtag begrüßt die von der Landesregierung gemeinsam mit der israelischen Generalkonsulin Lador-Fresher vereinbarte Stärkung von Austauschprogrammen zwischen Schulen. Schulpartnerschaften sowie Schüler- und Jugendaustausche mit Israel sind ein wichtiges Instrument, um sich intensiv mit den deutsch-israelischen Beziehungen und der Geschichte Israels als demokratischem Staat auseinanderzusetzen.
11. Der Landtag befürwortet darüber hinaus den Plan des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur, ein Programm anwendungsorientierter Demokratieforschung aufzulegen. Er begrüßt ausdrücklich auch die Tatsache, dass es künftig an allen 14 hessischen Hochschulen eine Selbstverpflichtung zur Einführung einer Ansprechperson bzw. einer Anlaufstelle für Antisemitismus geben wird. Damit nimmt Hessen einmal mehr eine bundesweite Vorreiterrolle ein.

12. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung sowohl mit Beratungsangeboten und Fortbildungen für Schulen und Lehrkräfte als auch mittels Handreichungen umfangreiche Hilfe zur Demokratiebildung und zum Umgang mit Antisemitismus anbietet. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass alle, auch fachfremde Lehrkräfte (ohne die Fächer Politik und Wirtschaft oder Geschichte) umfassende Fortbildungsmöglichkeiten im Bereich Antisemitismus- und Extremismusprävention erhalten.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 14. Mai 2024

Für die Fraktion  
der CDU  
Die Fraktionsvorsitzende:  
**Ines Claus**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Mathias Wagner (Taunus)**

Für die Fraktion  
der SPD  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Tobias Eckert**

Für die Fraktion  
der Freien Demokraten  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Dr. Stefan Naas**